

Presseinformation

17. September 2021

Deutsche Kreditwirtschaft zum Beschluss des Bundesrates zur Ladesäulenverordnung - „Wesentlicher Schub für die Elektromobilität“

Die Deutsche
Kreditwirtschaft

Kontakt

Stefan Marotzke
für die Deutsche
Kreditwirtschaft
Deutscher
Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Tel. +49 30
20225-5110

info@die-dk.de

Cornelia Schulz
Bundesverband der
Deutschen Volks-
banken und Raiffei-
senbanken
Pressesprecherin
Tel. +49 30 2021
1300

[presse-
stelle@bvr.de](mailto:presse-
stelle@bvr.de)

Steffen Steudel
Bundesverband der
Deutschen Volks-
banken und Raiffei-
senbanken
Pressesprecher
Tel. +49 30 2021
1300

[presse-
stelle@bvr.de](mailto:presse-
stelle@bvr.de)

Thomas Schlüter
Bundesverband
deutscher Banken
e.V.
Leiter Media
Relations, Director,
Pressesprecher
Tel. +49 30 1663
1230

thomas.schlueter@bdb.de

Anne Huning
Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands e.V.
Tel. +49 30 81 92
163

anne.huning@voeb.de

Carsten Dickhut
Verband deutscher

Presseinformation

Der Bundesrat hat die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novelle der Ladesäulenverordnung endgültig verabschiedet. Damit ist der Weg frei für E-Auto-Fahrerinnen und -Fahrer, die für das Aufladen ihrer Fahrzeuge ab 2023 an allen E-Ladesäulen bequem und sicher mit Kredit- oder Debitkarten wie der girocard zahlen können.

„Der Bundesrat hat mit seiner klugen und zukunftsorientierten Entscheidung die Tür für die Elektromobilität weit aufgestoßen. Verbraucher wollen den Strom fürs Elektroauto so bequem und einfach mit der Karte bezahlen können wie heute ihre Tankrechnung an der Tankstelle. Die heutige Entscheidung ist richtungsweisend gibt der Elektromobilität in Deutschland einen wesentlichen Schub. Alle Augen richten sich nun auf die europäische Ebene, wo ebenfalls Regelungen für die Infrastruktur vorbereitet werden, die für die Elektromobilität notwendig ist. Auch Europas Gesetzgeber müssen im Interesse der Verbraucher das Bezahlen mit Kredit- und Girokarten an den E-Ladesäulen möglich machen“, so Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), der in diesem Jahr Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) ist.

Die Europäische Kommission hat im Juli 2021 als Teil ihres sogenannten „Green Deal“ einen Entwurf für die sogenannte „Alternative Fuel Infrastructure Regulation“ (AFIR) vorgestellt, die die entsprechende EU-Richtlinie („Alternative Fuel Infrastructure Directive“, AFID) weiterentwickelt. Die EU-Kommission erkennt in ihrem Entwurf an, dass emissionslose Antriebe sich nur durchsetzen, wenn Verbraucher ihre Elektro-, Wasserstoff- oder anderweitig betriebenen Fahrzeuge überall in der EU so einfach und bequem aufladen oder nachtanken können, wie sie es von der Tankstelle heute gewohnt sind.